

15. / 1. 1916

Ernährungsfragen

Abg. Schiele (konf.) weist die gegen die Landwirtschaft erhobenen Vorwürfe zurück. Unsere Volksernährung steht durchaus nicht in Frage. Wir haben jetzt eine ausgesprochene

Mißernte gehabt, und wenn wir trotzdem auskommen, wieviel mehr in dem kommenden Jahre, wenn es eine bessere Ernte gibt. Die landwirtschaftliche Produktion hat sich in den letzten Jahren gewaltig gesteigert. Aber es ist in dieser Zeit besser, die Bevölkerung wird durch höhere Preise zur Sparlichkeit angehalten, als daß durch Draufloswirtschaften hinterher ein Mangel entsteht. Draußen herrscht trotz aller Entbehrungen die prächtigste Stimmung unter den Soldaten. Das soll auch für uns maßgebend sein, dann werden wir leben und weiter siegen bis zu einem ehrenvollen Frieden, den das Geschick uns bald geben möge.

Unterstaatssekretär Michaelis stellt, um jede Mißernte zu vermeiden, fest, daß von einer Mißernte in Deutschland keine Rede sein könne; nur in einzelnen Bezirken sei die Ernte hinter den Erwartungen zurückgeblieben.

Abg. Werner-Giesen (Wirtsch. Bergg.) weist darauf hin, daß die gute Ernährung der Kriegsgefangenen bei uns schon allein darauf schließen läßt, daß wir an den notwendigen Nahrungsmitteln keinen Mangel haben. Dann kritisiert er verschiedene Maßnahmen der Regierung.

Abg. Fischel (Fortshr. Volksp.): Die Vermelkewirtschaften der Großstädte sind eine großkapitalistische Einrichtung genannt worden. Diese Vermelkewirtschaften haben in Bekämpfung der Kindersterblichkeit eine große Rolle gespielt, und das hat sich gerade jetzt im Kriege gezeigt. Der Abgeordnete Schiele ist heute auf die Schweineabschlachtung zurückgekommen, und er hat meine gestrigen Ausführungen zu bestreiten versucht. Dieser Versuch konnte nicht gelingen, denn die konservativen Führer haben damals in diesen Dingen durchaus mit uns zusammengewirkt. Wir haben damals gewiß alle unter dem Einfluß der Kartoffelfrage gestanden, und die Sozialdemokraten wollten sofort alle Schweine abschächten. Die anderen Parteien hielten sich weiter zurück, sie verlangten, nur eine genügende Anzahl Schweine sollte geschlachtet werden. Zu den konservativen Antragstellern gehörten auch Dr. Köhne und andere landwirtschaftliche Sachverständige, auch der Abgeordnete Driest. (Heiterkeit.) Der Abg. Köhne hat erklärt: „Lieber schlagen wir die Schweine tot, wenn wir die Kartoffeln erhalten können.“ Schließlich ist dann aber der gesamte Antrag einstimmig angenommen worden.

Abg. Böhme (natlib.): Ich kann nur bestätigen, daß eine gemäßigte Abschächtung der Schweine allgemein als wünschenswert bezeichnet wurde, um die menschliche Ernährung sicher zu stellen.

Abg. Schiele (konf.): Ich habe nicht von einer allgemeinen Mißernte im deutschen Vaterlande gesprochen, ich habe lediglich Bezug genommen auf gewisse geringere Ertragnisse in einzelnen Teilen, und hier liegt eine gewisse Mißernte vor. Ich weiß auch, daß im westlichen Deutschland eine gute Ernte gemacht wurde und auch im südlichen Teile des Reiches. Bezüglich der Schweineabschlachtung liegt gewiß eine Schulb des ganzen Reichstages vor. Die so starke Abschächtung, wie sie eingeleitet wurde, hat nicht im Sinne des gesamten Reichstages gelegen.

Darauf wird die Debatte geschlossen. Die zahlreichen Resolutionen der Budgetkommission, die sich alle auf die Ernährungsfrage beziehen, werden unverändert angenommen unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge. Weitere Anträge und Resolutionen betreffen die

Fürsorge für das Kleingewerbe,

für die Arbeiter und die Entschädigung für Kriegsschäden.

Abg. Wollensbuhl (Soz.) erkennt die Berechtigung der Forderung auf materielle und ideale Unterstützung der beschädigten Kleingewerbetreibenden an, und dafür müßten Reich und Staat ihre Mittel in Aussicht stellen. Vor allem müßte für genügend Arbeit für die heimkehrenden Krieger gesorgt werden.

Abg. Jell (Ztr.) weist auf die großen Schädigungen hin, die gerade die Kleingewerbetreibenden und Handwerker erlitten hätten. Ihnen zu helfen, müßten sie vor allem zu den Militärleistungen herangezogen werden. Es sollten zentrale Vergebungsstellen eingerichtet werden.

Abg. v. d. Schulenburg (natlib.) unterstützt die vorgebrachten Wünsche und bittet, mit der Urlaubsgewährung für Handwerker recht freigiebig zu sein.

Abg. Bartschat (Fortshr. Volksp.): Das Handwerk bedarf zweifellos großer Unterstützung, um die großen Schäden des Krieges zu heilen. Sehr bewährt hat sich auch die während des Krieges geschaffene Arbeitsvermittlung und die Organisierung des Handwerks, namentlich auch die Hauptverbindungstellen. Bei Zeiten müssen Einrichtungen für die Arbeitslosen geschaffen werden, damit nach dem Kriege nicht noch größeres Elend entsteht. In der Frage des Wiederaufbaues Ostpreußens solle kein Parteistreit getrieben werden. Alle Parteien hätten ja auch den Kollektenden gegenüber das gleiche warme Herz. (Beifall.)

Abg. Brandes (Soz.) verlangt schon jetzt Fürsorge für das Zurückfluten der Millionen von Arbeitern, wenn der Friede eintritt.

Ministerialdirektor Caspar gibt über die Verhältnisse in einigen Industrien Auskunft und stellt fest, daß es gar nicht möglich sei, jetzt alle sozialen Vorschriften einzuhalten. Das gelte namentlich auch bei der Frauenarbeit. Gewiß müßten alle Erleichterungen geschaffen werden; aber leider ließe sich nicht alles Wünschenswerte erreichen.

Abg. Stresemann (Nat.) weist Angriffe gegen die Industrie, weil sie nicht genügend mit den Arbeiterorganisationen verhandelt hätte, zurück. Außerordentlich interessiert ist unsere Industrie an der Ausfuhr. Ueberall, wo genügender Vorrat im Inlande vorhanden ist, darf der Ausfuhr keine Schwierigkeit gemacht werden. Leider ist es zu langwierig, die Ausfuhrerlaubnis zu erhalten. Die Streitfrage, die der Abg. Schiele hineingetragen hat, ob die Industrie oder die Landwirtschaft mehr nütze, halte ich für sehr bedauerlich. Wir wollen uns freuen, daß wir beide haben, eine leistungsfähige Landwirtschaft und eine leistungsfähige Industrie, die uns beide ermöglicht haben, diesen Krieg siegreich durchzuhalten. (Beifall.)

Abg. Koch (Soz.) fordert besondere Verlässlichkeit der Arbeitsnachweise.

Abg. Kretz (konf.) wünscht besondere Einheitslichkeit beim Wiederaufbau Ostpreußens, das unter dem Krieg so schwer gelitten hat, und befürwortet nachträglich eine Resolution der Budgetkommission zur Beschaffung des nötigen Holzes für den Wiederaufbau, ferner Beschaffung der erforderlichen Gespanne.

Nach weiteren Ausführungen der Abgeordneten Stadthagen (Soz.), Stresemann (natl.), Schiele (konf.) und Kretz (konf.) wird die Debatte geschlossen. Die Anträge zu Gunsten der Gewerbetreibenden der Arbeiterschaft und der Entschädigung der durch den feindlichen Einfall geschädigten Gebiete wird angenommen.

Samstag 10 Uhr: Militärfragen.